CNH Baumaschinen GmbH Berlin

CNH-Streikzeitung

Verwaltungsstelle Berlin

Weitere Infos im Internet unter www.cnh-berlin.de und www.igmetall-bbs.de

Nr. 52 I 22. Mai 2006

Delegiertenversammlung der IG Metall Berlin

»Arbeitsplätze für Berlin - dafür kämpfen wir«

Andreas und Peter mit unserem Streiktransparent an der Fensterfront der Versammlung

Das Podium: A. Hager, Ch. Fromm, K. Fürst, C. Becker, G.Triebe, R. Tremper, P. Wilke, H. Wolf

Das zentrale Thema der Delegiertenversammlung der Berliner IGM Metall, die am letzten Samstag im IG Metall-Haus stattfand, war: »Arbeitsplätze für Berlin – dafür kämpfen wir«. Auf der dafür organisierten Podiumsdiskussion standen Wirtschaftssenator Harald Wolf, der 1. IGM-Bevollmächtigte Arno Hager, der Geschäftsführer von ver. di Berlin, Roland Tremper, der Vorsitzende der ver.di-Betriebsgruppe Carsten Becker, die S-Bahn-Betriebsrätin Kerstin Fürst, der OTIS-BRV Günter Triebe und der CNH-BRV Christian Fromm Rede und Antwort. In einem einführenden Referat wies der Hamburger Unternehmensberater Peter Wilke darauf hin, dass in Berlin in den letzten Jahren über 200 000 Arbeitsplätze verloren gegangen seien und die sich wirtschaftlich im Aufbau befindenden Bereiche nicht in der Lage gewesen sind diesen Verlust, insbesondere im Bereich der Industrie auszugleichen. Er betonte, dass auch die Entwicklung des Dienstleistungssektors auf eine starke industrielle Basis angewiesen sei. Auch Arno Hager vertrat den Standpunkt, dass die Zahl der Industriearbeitsplätze dafür mindestens doppelt so hoch sein müsse. Wenn es nicht gelinge ein starkes Industriepotenzial aufzubauen müsse damit gerechnet werden, dass mehrere Stadtteile auf das Niveau von Neukölln herabsinken.

In der anschließenden, auch kontrovers ausgetragenen Debatte ging es um die Frage, ob der Senat durch seine Politik die Interessen der lohnabhängigen Bevölkerungsmehrheit Ernst nimmt oder ob die Senatspolitik in eine andere Richtung geht. Debattiert wurde über Industriepolitik, die öffentliche Auftragsvergabe, das Gesundheitswesen und über Erfahrungen und Lehren der bisherigen Kämpfe gegen Betriebsschließungen in der Stadt.

8 Punkte im Blick

Auf der Streikversammlung des 88. Streiktags nahm Luis Sergio noch mal Stellung zum Verhandlungsstand. Demnach hat unsere Delegation insgesamt 8 Punkte durchgesetzt. Diese sind:

1. 29 Mio € Volumen für die Abfindung
2. 2 Mio € für eine Beschäftigungsgesellschaft
3. Die Altersteilzeitverträge derjenigen, die auch von Kündigung betroffen wären, werden vertragsgemäß erfüllt. Diese KollegInnen werden damit aus dem Kreis der Gekündigten herausgenommen.
4. Der Grader wird mindestens bis Ende 2008 in Berlin gebaut. Das bedeutet: Hier bleiben 22 Arbeitsplätze erhalten.
5. Von möglichen Kündigungen betroffen sind 333 KollegInnen.
6. Es gibt eine Maßregelungsklausel, die sicherstellt, dass keine(r) der/die sich am Streik oder den Aktionen beteiligt hat, in irgendeiner Weise zur Rechenschaft oder Verantwortung gezogen wird.
7. Die Produktion wird bis zum 30. November 2006 fortgeführt oder anders gesagt: Der Schließungstermin wird bis dahin verschoben.
8. Sehr wichtig: Es wird eine gemeinsame Verhandlungskommission zwischen Berliner Senat, CNH und IGM/BR geben. Gemeinsame Aufgabe ist über Möglichkeiten zum Arbeitsplatzerhalt bzw. Arbeitsplatzaufbau am Standort zu diskutieren und am Ende dafür Konzepte zu verabschieden. Das ist Voraussetzung dafür, dass der Berliner Senat mit sich darüber reden lässt, ob er von der 70 Mio-Rückforderung ganz oder teilweise Abstand nimmt.

Dies wurde so vom Management akzeptiert und soll jetzt ausformuliert werden. Dieses Ergebnis muss die betriebliche Tarifkommission dann diskutieren und darüber entscheiden. Noch wichtiger: »Es muss mit euch diskutiert werden und ihr müsst am Ende in einer sog. 2. Urabstimmung über die Annahme dieses Verhandlungsergebnisses entscheiden.« Vorher ist der Streik nicht zu Ende.«

Auszüge aus der Diskussion auf der DV

Roland Tremper (ver.di) befürchtete, dass es im Anschluss an die Klage der Stadt vor dem Bundesverfassungsgericht zu einem »Haushaltsnotlagengesetz« kommt, das nach der Sparrunde »bis es quietscht« (Wowereit) neue Auflagen macht, die für einen Teil der Bevölkerung nicht mehr verkraftbar sind und die Binnenkonjunktur weiter in den Keller befördert.
Tremper kritisierte, dass die Firma PIN AG einen öffentlichen Grossauftrag bekommen habe. In dieser Firma existiert kein Tarifvertrag und kein aktiver Betriebsrat. Einige Kollegen verdienten so wenig, dass sie staatliche Beihilfe benötigen. Auch werde dort nicht ausgebildet. Das gleiche Problem gebe es im Gesundheitswesen bei der Privatisierung von Teilen der Charité. Senator Sarrazin nutze seine Position als Arbeitgeber knallhart gegen die Beschäftigten. Die hier umgewidmeten Arbeitsplätze seien prekär und erlaubten den Arbeitnehmern keinerlei Planungssicherheit. Hier bestehe die Verpflichtung einzugreifen.

Auch **Carsten Becker (ver.di)** kritisierte die Senatspolitik. Die Streichung von 98 Mio für Forschung und Lehre und die Vernichtung von 600 Vollzeitstellen bis 2010 sei der falsche Weg. Ferner stehen weitere 1 500 Stellen auf der Streichliste, wenn ver.di keinen Absenkungstarifvertrag unterschreibt. Carsten Becker kritisierte die Ausgründung von Charité-Bereichen in ein Charité-Facility-Management unter dem Dach der Firma Dussmann. Hier würden einem Teil der Beschäftigten Löhne gezahlt, die unter 5 € liegen und die Verträge seien nur noch befristet. Auch warnte er vor einer sich abzeichnenden 3-Klassen-Medizin im Krankenhaus.

Kerstin Fürst (Transnet) berichtete, dass die S-Bahn-Beschäftigten erfolgreich ein Aktionsbündnis gegen den Personalabbau geschmiedet haben und dabei bewusst auf die Öffentlichkeit gesetzt haben.
»Unsere wichtigste Erfahrung war, dass die Kollegen, die sich vorher kaum engagiert haben und vorher nur gefrustet waren, und dachten: ›Mit uns machen sie sowieso was sie wollen‹ festgestellt haben, dass man solidarisch sein muss und so auch was erreichen kann. Wir haben was erreicht. Wir haben jetzt ein betriebliches Bündnis mit dem Arbeitgeber, haben die 35-Stundenwoche. Dafür haben wir die Kollegen gefragt und trotz Geldeinbuße haben sie sich dafür ausgesprochen.«

Der **Wirtschaftssenator Harald Wolf** versprach bei der öffentlichen Auftragsvergabe zukünftig kritischer zu sein: »Wir müssen zukünftig bei öffentlichen Aufträgen darauf achten, dass ein Tarifvertrag existiert und ein Vergabekriterium auch das Thema Ausbildung ist«. Wolf betonte, dass er sich dafür einsetzen will, dass Charité und Vivantes öffentlich bleiben und dass das, was im Gesunheitssektor ggf. verdient wird, nicht nur an die Anteilseigner sondern zur Sicherung der Qualitätsstandards eingesetzt wird. Harald Wolf begründete die Kürzungspolitik des Senats bei Vivantes und der Charité mit dem Argument, man müsse diesen Weg gehen, um zu verhindern, dass die Kliniken von privaten Investoren sturmreif geschossen würden. Wolf befürworte einen Notlagentarifvertrag à la Vivantes auch bei der Charité. Dabei sei ihm klar, dass dies nur ein Anwendungstarifvertrag des Flächentarifvertrags sein könne und kein Weg, um daraus auszusteigen und sein Niveau abzusenken.

Arno Hager (1. Bev. IGM) äußerte sich nochmal zum aktuellen Verhandlungsstand bei CNH:
»Wir haben jetzt eine extrem schwierige Verhandlungssituation gehabt – und es sieht so aus als kriegen wir jetzt ein Ergebnis, und dieses Ergebnis ist erst mal ein Stück absurd, weil es den Fall klärt, was passiert, wenn nichts übrig bleibt; nämlich, wie sieht der Sozialplan aus. Das kann man dann an der Summe ablesen. Und daran können die Kollegen sehen, dass die 90 Tage ein Erfolg waren. Das ist das eine. Das zweite ist, wir wissen nicht ob der FIAT-Konzern, der in den letzen 5 Jahren 50% seines Marktanteils weltweit verloren hat und Mio und AberMio verbrannt hat, ob der mit uns eine Lösung macht, die heißt Arbeitsplätze. Unser Faustpfand sind die 40 bzw. 70 Mio - und da darf ich mich ausdrücklich bei Senator Wolf bedanken - die CNH nicht von der Hacke kriegt, wenn es keine Arbeitsplatzlösung gibt... Wenn wir jetzt CNH sagen, wir übernehmen die Fabrik für 1 € und die Maschinen – die haben sie sowieso abgeschrieben – und wir brauchen von euch eine höhere Summe, ihr spart aber richtig Geld, dann wissen wir nicht, ob CNH mitgeht. Wir sind sehr zuversichtlich. Wenn CNH mitgeht, werden wir hier in Berlin eine Arbeitsplatzlösung haben - und ich bin optimistisch, dass es dann eine dauerhafte Lösung und ein Unternehmen in Berlin geben wird, das höchstwahrscheinlich Baumaschinen bauen wird oder im Maschinenbau tätig ist. Lasst euch von der Presse an der Stelle nicht irritieren.«

Hans Köbrich (IGM-VKL BMW) beglückwünschte die Kollegen von CHN zu ihrem 90-tägigen Streik, der für ihn einen hohen Symbolcharakter hat. Die Kollegen hätten hier auch neue Kampfformen wie die kurze Verkehrsblockade am Großen Stern ausprobiert und einen ganzen Erfahrungsschatz gesammelt, auf den man in der Zukunft zurückgreifen müsse. Denn die Zeiten würden härter. Mit Blick auf die Gründung des Aktionsforums, an dem sich Kollegen verschiedener Gewerkschaften beteiligt hatten, um Druck auf die Politik und den FIAT-Konzern auszuüben, sagte er: »Wir werden nur Erfolg haben, wenn wir uns gemeinsam zur Wehr setzen. Daran müssen wir in Zukunft verstärkt arbeiten.«

Dirk Linder (IGM-BRV Osram) äußerte sich zum Thema Wirtschaftspolitik. »Da haben wir als BR so unsere Erfahrung. Das eine ist Erwartungen an die Politik zu stellen. Auf der anderen Seite wissen wir, dass es in dem System, in dem wir leben, schwierig ist, hier über die Politik etwas zu verändern, denn wir haben nicht das System, in dem die Politik in der freien Wirtschaft Arbeitsplätze schafft. Sie kann nur versuchen Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Rest obliegt den anderen Entscheidungsträgern, was dann immer die Problematik aufwirft und deswegen sehen wir Wirtschaftspolitik auch oft recht kritisch, dass sie sich darauf beschränkt, besonders investorenfreundliche Bedingungen zu schaffen. Und die sind genau gegen unsere Interessen gerichtet. Es stellt sich also die Frage, was wir selber machen können. Es muss Alternativen geben, die wir entwickeln müssen, jenseits dieser Investorenlösung. Weil, was machen wir denn da? Wir kämpfen dagegen, dass uns der böse Arbeitgeber verlässt und dass wir einen lieben Arbeitgeber finden, damit er Mio dafür zur Verfügung stellt, dass wir anständig unsere Arbeit machen können. Der Weisheit letzter Schluss kann das für eine Arbeiterbewegung nicht sein. Und da brauchen wir auch die Wissenschaft und andere Leute, die uns da vielleicht behilflich sein können, dass wir positive Alternativen zu Investorenlösungen finden.«

V.i.S.d.P.: Arno Hager, IG Metall Verwaltungsstelle Berlin, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin; Agentur wpod